

p.B.72.9.15.1.

p.B.58.2.-Pologne - WR/RK/he

Bern, den 26. April 1977

Vertraulich

Besuch des Generalsekretärs des EPD, Botschafter Dr. A. Weitnauer,  
in Warschau, 4. - 7. April 1977

---

Zusammenfassung der Gespräche mit Vizeausserminister  
Josef C z y r e k

---

Die Gespräche mit Vizeausserminister Czyrek (zuständig für das westliche Ausland), die einen ganzen Tag dauerten, umfassten einen weiten Themenkreis, der sozusagen alle Aspekte der Ost-West-Beziehungen berührte. Das Gespräch folgte keinem starren Schema, sondern war voll fließender Uebergänge. Oftmals wurde einem Thema vorgegriffen, auf andere kam man unter verschiedenen Rubriken zurück. Der Mangel an logischem Aufbau wurde jedoch durch die Offenheit und Spontaneität des Gedankenaustausches mehr als wettgemacht. Anschliessend sei versucht, die wichtigsten von polnischer Seite geäußerten Gedanken unter den diversen Rubriken zusammenzufassen.

### 1. Entspannung

Czyrek gibt sich relativ optimistisch. Es handle sich um einen langwierigen Prozess, von welchem keine radikalen Aenderungen zu erwarten seien. Er habe seine eigenen Gesetze, daher sei er trotz der Haltungsänderung, die bei verschiedenen wichtigen Partnern seit Helsinki eingetreten sei, nach wie vor am Leben. In diesem Sinne werden die wenig erfolgreichen ersten Gespräche von Staatssekretär Vance in Moskau (die wenige Tage vor unserem Besuch abgeschlossen wurden) als Anlaufschwierigkeiten bezeichnet und in ihrer Tragweite nicht überschätzt. Breschnew sei der Entspannungs-



- 2 -

politik nach wie vor persönlich verpflichtet. Wichtig sei jedoch für die Sowjetunion, dass die Entspannung weiterhin auf der richtigen Grundlage beruhe, nämlich auf dem Gleichgewicht der Rechte und der Interessen. Wer diese Grundlage verlasse, gefährde den weiteren Gang der Entspannung. Die ideologische Auseinandersetzung stehe indessen zur Entspannung nicht im Widerspruch, Unterschiede im Gesellschaftssystem stellten keine Bedrohung der Entspannung dar. Aus polnischer Optik gehe die ideologische Offensive vom Westen aus, der damit von seinen eigenen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten ablenken wolle. Als Kronzeuge für diese Offensive wird Franz Josef Strauss und seine Parole "Freiheit statt Sozialismus" bemüht. Carter kommt besser weg. Ihm wird attestiert, er könne sehr wohl zwischen Menschenrechten und Entspannung unterscheiden. Auch andere Politiker im Westen seien zu dieser Erkenntnis gelangt. Die ideologische Auseinandersetzung müsse sich an bestimmte Formen halten und das internationale Zusammenleben nicht erschweren. Daher die Wichtigkeit des Prinzips der Nichteinmischung. Entspannung könne jedoch nicht die Einfrierung eines bestimmten Gesellschaftssystems für alle Zeiten bedeuten. Dies gilt nicht nur für Europa, sondern auch für Afrika. Die dortigen "Emanzipationsprozesse" seien daher kein Gegenstand der Entspannungspolitik.

## 2. Abrüstung

Auch in diesem Bereich verweist Czyrek auf die Wichtigkeit vereinbarter Grundlagen, nämlich auf die Nicht-Beeinträchtigung der gegenseitigen Sicherheitsinteressen. Trotz der Kostspieligkeit und der inhärenten Gefahren habe das jetzige "System" des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West seit dreissig Jahren den Frieden in Europa gesichert. Die These der östlichen Ueberlegenheit sei eine Erfindung des Westens, der seine Rüstungsindustrie zur Ueberwindung der Rezession auf Hochtouren laufen lasse. Abrüstung sei jedoch nur unter Aufrechterhaltung des Prinzips der Gleichheit der Sicherheitsinteressen möglich.



Was die SALT anbetrifft, so ist Czyrek überzeugt, dass beide Seiten entschlossen sind, weiterzuverhandeln. Auch an den Wiener Truppenabbauverhandlungen seien trotz gegenteiliger Meldungen grosse Fortschritte gemacht worden. Allein die Vorlegung von Zahlen durch den Warschauerpakt sei schon ein bedeutsamer Schritt. Nach östlicher Berechnung bestehe nämlich das vom Westen geforderte Gleichgewicht in Mitteleuropa bereits (rund 987'000 WAPA-Soldaten gegenüber rund 981'000 NATO-Soldaten), sodass man westlicherseits von der Theorie der asymmetrischen Verminderung abrücken sollte. An ihre Stelle solle die von der UdSSR verfochtene Theorie der Einfrierung der Bestände treten. Mit besonderem Nachdruck verfocht Czyrek die Theorie der "nationalen Plafonds", die in erster Linie auf eine Begrenzung der Stärke der Bundeswehr abzielt.

Was die weltweite Abrüstung anbetrifft, so sieht man in Warschau zwischen der von der UdSSR geforderten Weltabrüstungskonferenz und der von der UNO beschlossenen Sondersession der Generalversammlung über Abrüstungsfragen keinen Widerspruch. In Sachen Nonproliferation zeigt man Verständnis für das Vorgehen Carters gegenüber Brasilien, auch wenn dessen Form schockierend wirken mag.

### 3. Belgrad

Der relative Optimismus, der in Sachen Entspannung und Abrüstung zur Schau getragen wird, gilt auch für die KSZE-Folgekonferenz. Belgrad solle der Entspannung neue Impulse verleihen. Neue Ideen müssten jedoch auf den noch unvollkommenen Stand des Erreichten Rücksicht nehmen. Einige davon seien eindeutig verfrüht. Die Prinzipien dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zu unserem Vorschlag über die friedliche Streitbeilegung hat sich die polnische Haltung seit Genf nicht geändert: Man stehe der Grundidee positiv gegenüber, glaube aber an die Verwirklichung des Obligatoriums eher als Endprodukt einer Entwicklung denn als Ausgangspunkt, sozusagen als Abschluss eines Sicherheitssystems. Die Idee der Arbitrage ist den Polen nicht fremd, sie haben sie selbst im Rah-



men ihrer diversen Pläne über mögliche europäische Sicherheitssysteme erwogen.

Für die vertrauensbildenden Massnahmen gilt der allgemeine Grundsatz: Es sollen in Belgrad nur diejenigen Probleme aufgenommen werden, die dafür wirklich reif sind. Die polnische Skepsis gegenüber einem Ausbau der CBM ist nicht zu überhören: Man müsse aufpassen, dass diese Massnahmen keinen gegenteiligen Effekt erzielen, d.h. Misstrauen schaffen. Aufschlussreich auch die Bemerkung über die Manöverbeobachter: Sie seien nicht dazu da, die Neuheiten der militärischen Technik zu prüfen, sondern um sich zu überzeugen, dass Manöver keinem versteckten Angriffszwecke dienen...

Zu Korb II fassen sich die Polen kurz. Unter den drei Vorschlägen Breschnews für gesamteuropäische Konferenzen, denen die obligate Reverenz erwiesen wird, scheint derjenige über Transportfragen am ehesten Geschmack zu finden. Polen hat auf diesem Sektor eigene Pläne für den Ausbau seiner Nord-Süd-Achse (als Ausgleich zur historischen Ost-West-Achse), die es gerne in ein gesamteuropäisches System integrieren möchte.

Korb III wird einleitend unter das Bibelzitat gestellt: "Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein!" Auch im Westen gebe es Dissidenten (man subsumiert darunter Anarchisten und Trotz-kisten), aber man spreche in Polen nicht darüber. Statt nur über die Freiheiten des Individuums spreche man hier auch über seine Pflichten. Zu diesen Pflichten gehört nach polnischer Auffassung auch eine besondere Treue zum Staat angesichts der Leistungen, die dieser gegenüber dem Einzelnen z.B. auf dem Gebiet der Erziehung erbringt. Unter diesem Gesichtspunkt werde auch die Frage der Auswanderung gesehen. Man habe nicht Angst vor der Freiheit. Wenn Polen am Verlassen des Landes gehindert würden, so geschehe dies im Interesse der Gesamtheit des Volkes, z.B. um der Abwanderung der (zugegebenermassen unterbezahlten) Aerzte vorzubeugen. Andersdenkende würden nicht verfolgt, "solange sie damit keine Politik im Sinne des Gesetzes" betrieben. Um aber feststellen zu können, ob dies der



Fall sei oder nicht, müsse die Polizei die Möglichkeit zur Kontrolle haben... Die Menschenrechte werden als "natürliches Objekt des Interesses der Staaten" anerkannt, daraus dürfe indessen nicht der Schluss gezogen werden, sie seien ein Instrument der Aussenpolitik...

Im Bereich der Information kann Polen auf relativ beachtliche Leistungen hinweisen, die schon auf die Zeit vor der KSZE zurückgehen, so etwa die zahlreichen Presseklubs, wo westliche Zeitungen offen zur Einsicht und auch zum Verkauf aufliegen. Jedes aufgelegte Exemplar soll von ca. 15 Personen gelesen werden. Man sieht eine Verbesserung des Informationsstandes der Bevölkerung über Vorgänge im Ausland indessen nicht in erster Linie in einer Vergrösserung des Verkaufs ausländischer Zeitungen, sondern in einer Verbreiterung des Informationsspektrums der eigenen Presse. In diesem Sinne würde man einen vermehrten Austausch von Journalisten mit anderen Ländern begrüssen. Mit dem kürzlichen Besuch des Osteuropakorrespondenten der NZZ erklärt man sich sehr zufrieden, nennt ihn sogar als Beweis, dass "ausgeglichene, vorurteilslose Artikel möglich sind." Allerdings lässt man im Aussenministerium durchblicken, dass im gleichen Blatt über Polen auch weniger willkommene Dinge geschrieben werden... im allgemeinen hält man sich an die alte Journalistenregel: "Die Meinungen sind frei, aber die Tatsachen sind heilig." Dass man es damit ernst meint, wird durch das warnende Beispiel einer schwedischen Journalistin unterstrichen, die auf dem Höhepunkt der Krise im vergangenen Sommer des Landes verwiesen wurde (man sagt hier höflich: "ihre Akkreditierung wurde nicht verlängert"), weil sie "falsche Tatsachen" verbreitet habe (sie hatte von einem bevorstehenden allgemeinen Volksaufstand in Polen berichtet). Dazu Czyrek: "Wegen dem einen oder anderen dummen Artikel wird die Welt nicht untergehen, aber wenn man daraus einen Gegenstand der Politik zu machen versucht, wird es gefährlich..."

#### 4. Das Trauma Deutschland

Eine wahre Obsession für die polnischen Behörden und vielleicht auch das polnische Volk ist Deutschland. Dabei wird nur die Bundesrepublik wirklich ernst genommen. Alle Manifestationen, die irgendwie die Permanenz der Grenzen in Frage stellen könnten, werden in Warschau mit nervöser Aufmerksamkeit registriert. Vizeausserminister Czyrek sprach mir über dieses Thema in kleinem Kreise nach dem Abendessen in sehr eindringlichen Worten. Obwohl er den Irrealismus der polnischen Besorgnisse einsehen muss - wie könnte denn die Bundesrepublik durch politischen Druck oder gar militärische Intervention am status quo irgend etwas ändern? -, zählt mir Czyrek eine ganze Reihe von Einzelheiten auf: die Fortdauer der Verwendung der deutschen Namen für heute polnische, ehemals ostdeutsche Städte; das Urteil eines Gerichtshofes, das in der Frage der Sozialleistungen an einen ehemaligen Einwohner der abgetretenen Ostgebiete erklärt, dass für diesen besonderen Zusammenhang der heute polnische Gebietsteil nicht als Ausland zu betrachten sei; die nach Deutschland umgesiedelten Deutschpolen als "Heimatvertriebene". Dies sind nur ein paar Beispiele. Es kommt bei der Diskussion dieses Themas die ganze polnische Geschichte ins Spiel, die Grenzen, die immer fließend waren, die Aufhebung des polnischen Staates während mehr als 100 Jahren, der dringende Wunsch, nun endlich in einem territorial gesicherten Gebiet zu leben.



## P o l n i s c h e   I m p r e s s i o n e n

Empfang am Flugplatz. Erster Eindruck: Man ist - oder gibt sich - entspannt. Nicht im politischen Sinne - darüber wird später zu sprechen sein - sondern rein persönlich. Eine Ambiance, die irgendwie vertraut wirkt. Obwohl wir hier in Warschau Moskau näher sind als in irgend einer der vorher besuchten osteuropäischen Kapitalen, will das Gefühl der Fremde, des Unbekannten, nicht aufkommen. Gewiss, das berühmte Wort, das man bisweilen Metternich zuschreibt und nach welchem hinter dem Wiener Rennweg Asien beginne, hört man auch hier, auf die lokalen Verhältnisse angewendet, jenseits der Weichsel, in Praga ... aber Asien ist weit, man ist hier noch mitten in Europa, nicht einmal in dessen Osten; die Stadt und ihre Leute werden uns das noch mehr als einmal beweisen.

Der Empfang ist unkomplizierter, ungekünstelter als in südosteuropäischen Hauptstädten, einfacher auch - sogar der obligate Willkommtrunk fehlt (er wurde indessen bei der Abreise nachgeholt...), die Herzlichkeit unserer Gastgeber ist um einige Grade echter, ihr Lächeln offener als an früheren Orten dieser politischen Region. Man spricht deutsch, ganz ohne Komplexe, der Viszeausenminister trägt eine Prinz-Heinrich-Mütze, sicher nicht aus Sympathie zu Helmut Schmidt, denn später stellen wir fest, dass diese Kopfbedeckung hierzulande ein Modeartikel zu sein scheint. Seine Beliebtheit geht kaum auf seine deutschen Ursprünge zurück, eher vielleicht auf seine Marine-Komponente. Schliesslich ist man auch ein seefahrendes Volk und hat sich den Zugang zur Ostsee schwer genug erkämpft.

Ohne Komplexe: dies ist so etwas wie ein Grundzug dieses Volkes, das zum ersten Mal in seiner wechselvollen Geschichte in einigermaßen sicheren Grenzen lebt. Ein Volk, das sich nach allem, was es durchgemacht hat, bei niemandem entschuldigen muss und das seinen Nationalstolz offen, aber keineswegs überheblich zur Schau

- 2 -

stellt. Was wäre natürlicher in einem Lande, das während Jahrhunderten von der Weltkarte verschwunden war und nur noch in seinen Erinnerungen und seiner Sprache weiterlebte? Auch heute hilft wohl das Bewusstsein, Pole zu sein, über manches hinweg. Es überbrückt Gegensätze, versöhnt sonst Unversöhnliches, nach aussen wie im innern. Vielleicht ein Grund, warum die Oppositionellen hierzulande etwas milder angefasst werden als in der unmittelbaren Nachbarschaft? Sicher ein Grund, warum man auch in "Abtrünnigen" wie etwa Brzezinski in erster Linie den Polen und weniger den potentiellen Gegner sieht.

Stadtbesichtigung. Vor der Altstadt, die als Höhepunkt für den Schluss aufgespart wird, geht es hinüber nach Praga, der immer vernachlässigten, oft besetzten und verwüsteten Vorstadt jenseits des Flusses - eben "in Asien" - heute ein Meer von phantasielosen Betonklötzen, durchzogen von autobahnwürdigen Strassen mit fast ebensolchem Verkehr. "Vor fünf Jahren stand hier noch nichts", erklärt unser Begleiter stolz, und wir haben Mühe, aus Anstand etwas Bewunderung zu mimen. Der eine oder andere denkt viel eher daran, dass hier in Praga die Rote Armee tatenlos zusah, wie jenseits der Weichsel 1944 der Aufstand tobte.

Wieder drüben, in einem Viertel, das Praga nicht unähnlich sieht, tritt uns die Geschichte noch brutaler entgegen. Das Denkmal für die Opfer des Ghetto, im Mittelpunkt eines schmucklosen, von zaghaften jungen Bäumen umstandenen Platzes. Die wiederaufgebauten Häuser, modern, aber in ihren Dimensionen vielleicht denen entsprechend, die früher hier standen, liegen in respektvoller Distanz. Die mörderische Enge des Ghetto ist aus der Erinnerung verdrängt.

Zum Schluss die Altstadt, mit dem jüngst wiederaufgebauten Schloss als neu-altem Akzent. Es wirkt, wie die ganze "Stare Miasto" in seinen Dimensionen angenehm menschlich, bescheiden in seiner Schmucklosigkeit. Noch wirkt es etwas neu, während die schönen Bürgerhäuser am altstädter Marktplatz nach einem Vierteljahrhundert



bereits wieder Patina angesetzt haben und dem uninformierten Besucher - gäbe es ihn - suggerieren, sie hätten immer hier gestanden.

Ob die heutige polnische Jugend, die nie etwas anderes gesehen hat als das wiederaufgebaute Warschau, sich die Stadt noch in Ruinen vorstellen kann? Das städtische Museum, das die ganze Nordfront des Platzes, hinter sieben Einzelfassaden versteckt, einnimmt, soll allfälligem Gedächtnisverlust entgegenwirken. Der ausländische Besucher wird direkt in den Filmsaal geführt, wo sich alte Wochenschauen zu einer bedrückenden Folge mit optimistischem Schluss - Beginn des Wiederaufbaus - zusammenfügen. Der französische Kommentar mit einem Pathos, das nicht mehr ganz in unsere Zeit passt. Der Inhalt des Films soll den heutigen Empfindungen angepasst worden sein, einige besonders grausame Szenen wurden gestrichen. Die jungen Leute von heute würden das nicht mehr verstehen, meint unser Begleiter. Er, der sechzigjährige, hat nicht vergessen. Wo er sein vorzügliches deutsch gelernt habe? Notgedrungen. Sein Bruder war in Dachau, von wo aus man, wenn überhaupt, nur in der Sprache des damaligen Herrenvolkes korrespondieren durfte.

Abendessen in einem der Repräsentationsräume der Regierung. In diesem Saal, an diesem Tisch, wurde 1970 der Vertrag mit der Bundesrepublik ausgehandelt. Unser Gastgeber war schon damals dabei, sass Scheel gegenüber, dort, am anderen Ende. Ja, es war hart, aber ... man hat fast den Eindruck, die Polen trauerten der damaligen "Pionierzeit" des Ausgleichs mit dem Feind von gestern nach. Brandt und Scheel gaben den geschichtsbewussten Polen andere Dimensionen zu erkennen als die kühlen Manager Schmidt und Genscher. Die Erinnerung an den Nachmittag wird wieder wach, Brandts historischer Kniefall vor dem Ghetto-Denkmal. Undenkbar, dass ein Schmidt eine solche Geste tun könnte. Aber seien wir gerecht: Nicht nur der Mann, auch die Zeiten sind anders. Aber das ist es gerade, was die Polen beschäftigt. Die Bundesrepublik von 1977 ist nicht mehr der reumütige, um Verzeihung bittende Staat von damals, sondern eine wirtschaftliche, militärische und politische Macht, die bereits wieder alte Befürch-



tungen und Reflexe auslöst. Es braucht bei den hellhörigen Polen nicht viel, ein paar Hinweise auf die "Grenzen von 1937" in irgendeinem harmlosen Gesetzestext aus Bonn, um das alte Misstrauen wieder aufleben zu lassen. Die tiefsitzende Furcht vor den Deutschen scheint indessen den anderen deutschen Staat nicht zu betreffen; jedenfalls ist während der ganzen Gespräche von der DDR kein einziges Mal die Rede.

Es ist kaum anzunehmen, dass diese Schonung auf besonderer Sympathie beruht. Viel eher gilt in diesem Fall die Regel, dass man in Gegenwart von Fremden über den "Bruder" nicht klagen will.

Optimistischer als in der Deutschlandfrage gibt man sich in Sachen Entspannung allgemein. Von Euphorie ist jedoch keine Spur zu finden. Nüchtern, wie man durch jahrhundertelange Enttäuschungen geworden ist, sieht man ein, dass das Schicksal der Entspannung schliesslich vom guten Willen der Supermächte abhängt, oder besser gesagt, von deren Interessen, die ihre eigenen Gesetze haben. Und man scheint überzeugt, dass diese Interessen vorläufig noch parallel laufen. Daher nimmt man auch die wenige Tage zuvor erfolglos abgeschlossenen Gespräche von Staatssekretär Vance in Moskau nicht so tragisch. "Hauptsache, der Kanal zwischen Washington und Moskau ist nach wie vor durchlässig." Die kleineren Länder sollten jedoch in dieser Situation nicht einfach zuschauen. Gerade sie trügen in einer Zeit wie der unsrigen eine besondere Verantwortung, sagt man uns. Uebrigens sei es den Supermächten auch nicht ganz egal, was die "Kleinen" von ihnen halten. Diesen Gedanken können wir teilen, wenn wir auch andere Schlussfolgerungen daraus ziehen. Nach polnischer Lesart geht es darum, sich so zu verhalten, dass die beiden "Grossen" ihr Interesse an der Fortführung der Entspannung nicht verlieren.

Die beiden Supermächte strebten, immer nach polnischer Version, ein Gleichgewicht nicht nur der Interessen, sondern auch der Rechte an, das sie nicht durch Mächte geringeren Gewichts aufs



Spiel setzen wollen. Der Blick geht dabei von Warschau auf beide Seiten, und man erinnert sich, dass Polen 1964 das erste Land war, das eine Teilnahme nicht nur der Sowjetunion, sondern auch der USA an einer künftigen europäischen Sicherheitskonferenz beantragte. Die Geschichte hat Polen gelehrt, dass ein nur europäisch-kontinentales Gleichgewicht nicht genügt. Vergleiche mit dem Wiener Kongress werden mit zynischer Verachtung entgegengenommen, verständlich, wenn man sich erinnert, wie wenig diese "Sicherheitskonferenz" dem Lande gebracht hat. Es ist gewiss kein Zufall, dass ausser der UdSSR kein Land sich so für das Zustandekommen der KSZE eingesetzt hat wie Polen, und zwar nicht als blosser Erfüllungsgehilfe Moskaus, sondern im eigenen Interesse.

Der vorsichtige Optimismus der Polen gilt auch für die bevorstehende Belgrader Konferenz. Man sieht ihr ohne Illusionen, aber auch ohne übertriebene Befürchtungen entgegen. Sehr viel Originelles, was man sonstwo nicht schon gehört hätte, ist zu diesem Thema allerdings kaum zu erfahren. Dennoch schimmern eigene Standpunkte durch die Standard-Darlegungen durch. Im Hintergrund schwebt unausgesprochen die alte Idee eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, ein Gedanke, der wohl den ursprünglichen sowjetischen KSZE-Ideen zu Gevatter gestanden und auch in den Pakt Eingang gefunden hat, dem die Hauptstadt Polens ihren Namen lieh. Dennoch liegt in der Idee auch typisch polnisches Gedankengut. Ein Land, das in seiner Geschichte mit Grossmächten derart schlechte Erfahrungen gemacht hat, muss fast zwangsläufig einem System das Wort reden, in welchem die Grossmächte nicht mehr allein schalten und walten können, sondern in ein Geflecht von Verpflichtungen und Rücksichten eingebettet sind. Vor diesem Hintergrund sprechen die Polen fast wie verhinderte Blockfreie, etwa wenn sie spitze, aber durchaus ernst gemeinte Bemerkungen darüber machen, dass die Neutralen und Blockfreien dieses Jahr mit dem schlechten Beispiel einer "blockmässigen" Vorbereitung Belgrads vorangegangen seien... Neid des Nicht-Blockfreien oder Warnung vor noch mehr Blöcken? Der



Gedanke bleibt im Raum hängen. Aber andere Querverbindungen tun sich auf: So erscheint der schweizerische Vorschlag zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten in polnischer Optik plötzlich als eine Art Schlussstein eines späteren Systems der Sicherheit, sei sie nun "kollektiv" oder anders. Das Wort "kollektiv" gefällt auch den Polen nicht mehr so ganz, der Begriff scheint etwas veraltet; man müsse die Sicherheit auf eine breitere Basis stellen, die neben der militärischen auch eine wirtschaftliche und - warum nicht auch? - eine kulturelle Komponente umfasst.

Damit wären wir im Bereich der Ideologie. Man verkennt an der Weichsel die ideologischen Unterschiede nicht, ist jedoch bemüht, sie zu entdramatisieren. Der Vergleich mit der Reformation fällt, und man erinnert sich, dass Katholiken und Protestanten im alten Polen eine zeitlang ganz gut nebeneinander gelebt haben, obwohl beide Seiten von der Unfehlbarkeit ihrer Lehre überzeugt waren. Warum sollte, was damals möglich war, nicht heute für die ideologischen Gegensätze gelten? Die Entspannung sollte jedenfalls unter ihnen nicht leiden.

Was nicht gesagt wird, ist eine weitere Parallele zur heutigen Zeit: Ein Grund für das gute Einvernehmen zwischen den beiden Konfessionen im Polen des XVI. Jahrhunderts war, dass alle Nichtkatholiken von Staates wegen den gleichen Status und den gleichen Schutz genossen wie die Anhänger des alten Glaubens. Das Pikantere an der Sache ist, dass man alle Nichtkatholiken damals unter dem offiziellen Begriff "Dissidente" zusammenfasste, der ihnen im Vergleich von Sandomir (1570) zugestanden wurde. Eine polnische Erfindung also, dieser Begriff, der heute so vielen zu schaffen macht ... die Freiheit der damaligen Dissidenten dauerte freilich nicht lange. Die Gegenreformation im XVII. Jahrhundert hob ihre Vorrechte weitgehend auf, bis sie dann durch die Russen im XVIII. Jahrhundert völlig abgeschafft wurden ...



Die Dissidenten von 1977 werden vom offiziellen Polen wohl zur Kenntnis genommen, wenn auch nicht anerkannt. Man versucht, über das Thema, lässt es sich schon nicht vermeiden, in möglichst wenigen Worten hinwegzukommen. Im Aussenministerium scheint man die Sache nicht allzu ernst zu nehmen und glaubt, mit einigen bissigen Worten ("manche wollen durch ihre Unterschriften ja nur im Ausland auf billige Weise berühmt werden") zur Tagesordnung übergehen zu können. Es folgt, wenn auch nicht mit restloser Ueberzeugung vortragen, die östliche Standard-Version, der Westen habe das Phänomen der Dissidenten nur "erfunden", um von den eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzulenken. Das gleiche sagt man uns wenig später im Zusammenhang mit der militärischen Rüstung ... aber auch hier wird nichts dramatisiert: Carter könne sehr wohl zwischen den Problemen unterscheiden, heisst es, und überhaupt, vielleicht sei der Höhepunkt der ganzen Kampagne bereits vorüber.

Man scheint die ideologische Auseinandersetzung nicht deswegen zu fürchten, weil man sich selbst auf der Anklagebank fühlt, sondern weil sie einen unerwünschten Integrationsfaktor darstellt, der die Blöcke nur noch fester zementiert. Wieder die Grundidee von vorher. Das gleiche kommt wenig später wieder, beim Gespräch über wirtschaftliche Integration: Sie soll der Ueberwindung der Blöcke, nicht deren Festigung dienen.

Korb III scheint allgemein den Polen keine sonderlichen Kopfzerbrechen zu verursachen. Die Freizügigkeit der Menschen wird hier vorwiegend vom Standpunkt des Arbeitsmarktes aus beurteilt: "Wir importieren keine Menschen, sind aber auch in der Auswahl derer, die ausreisen können, streng," (z.B. bei Aerzten und anderen akademischen Berufen.) Dort hingegen wo eher ein Ueberfluss herrscht, wie etwa bei den Architekten oder den Konservatoren (von denen man in den Zeiten des Wiederaufbaus viele ausgebildet hat, die man heute nicht mehr beschäftigen kann) ist man grosszügig. "Wir haben keine Angst vor der Freiheit", wird versichert, "wir sorgen uns nur um das Wohl unseres Volkes." Wenn das Wohl des Volkes



also gebietet, dass Herr X. in Polen bleibt, so hat er gefälligst zu bleiben. Wer darüber entscheidet, was zum Wohle des Volkes ist und was nicht, bleibt eine offene Frage. Im Zweifelsfalle dürfte es wohl die Partei sein.

Dieser "ja, aber" - Standpunkt durchzieht die ganze Menschenrechtsdiskussion. Die Unterschiede, die gemacht werden, klingen theoretisch sehr überzeugend, dürften aber in der Praxis kaum ohne Willkür anwendbar sein, besonders wenn man bedenkt, dass diejenigen, die unterscheiden sollen, derart feiner Nuancen kaum fähig sein dürften. "Wir beabsichtigen nicht, Andersdenkende zu verfolgen, solange sie damit keine Politik im Sinne des Gesetzes machen." Schön, aber wo hört das Anders-Denken auf und wo fängt die Politik an? Das gleiche in der Aussenpolitik: "Menschenrechte sind ein natürliches Objekt der internationalen Diskussion, solange damit keine Politik getrieben wird, d.h. solange sie nicht Instrumente der Aussenpolitik werden..."

Einfacher hat es Polen auf einem anderen Gebiet der Schlussakte von Helsinki, nämlich der Information. Hier ist es seinesgleichen um mehr als eine Nasenlänge voraus, und das nicht erst seit der KSZE. Es hat seine internationalen Presseklubs. Dies sind nicht etwa exklusive Lesezirkel mit Ledersofa und dezenter Beleuchtung, sondern nüchterne, helle Säle, meist an Strassenecken gelegen, wo jedermann von morgens um 10 bis abends um 7 hineingehen kann wie in irgend ein Geschäft, sich an einer Selbstbedienungsbare einen Kaffee holen und an einem der vielen kleinen Tische stundenlang seiner Lieblingslektüre nachgehen kann. Der Zulauf ist gross, mancher verbringt vielleicht den grösseren Teil seiner Freizeit hier. Die Auswahl ist imposant: An der einen Wand in langer Reihe aufgehängt und säuberlich nach Kategorien getrennt (einheimische Presse, Presse aus sozialistischen Ländern, Presse aus kapitalistischen Ländern) Dutzende von Zeitungen aus aller Welt. Gewiss dominieren die Publikationen aus dem eigenen Bereich, aber alle



grossen Weltblätter, darunter auch die NZZ und das Journal de Genève wie auch die Weltwoche sind vertreten. Man kann sie sogar kaufen, am Kiosk, der jedem Presseklub angeschlossen ist. Allerdings zu hohem Preis. Die NZZ kostet 20 zloty, was beim Durchschnittsverdienst eines Polen etwa den gleichen Betrag in Schweizerfranken ausmacht. Hand aufs Herz: Wer würde bei uns 20 Franken für eine Zeitung ausgeben, und sei es auch die NZZ? Dabei ist es nicht das Regime, das die Preise künstlich in die Höhe treibt, um sein Volk vom Kauf der Auslandspresse abzuhalten, es ist einfach der vom ausländischen Verleger festgesetzte, rein kommerziell berechnete Preis. Hier müsste man sich wohl einiges einfallen lassen, auch wenn keine ausländische Zeitung den symbolischen Preis der polnischen Zeitungen je unterbieten kann. Hauptsache aber ist, dass die Zeitungen überhaupt da sind dass man sie lesen kann, wenn man sie schon nicht nach Hause nimmt, und dies in einer unkomplizierten Ambiance, die nicht einmal den Gedanken an eine mögliche Kontrolle aufkommen lässt. Ein Dutzend solcher Presseklubs soll es in Warschau geben, über vierzig im ganzen Land. Und es sind keine potemkinschen Dörfer, Man hat uns nicht dorthin geführt, im Sinne einer Alibi-Aktion. Diese Einrichtung ist schon so selbstverständlich wie das Tram. Wir fanden "unseren" Presseklub per Zufall ums Eck vom Hotel.

Gut frequentiert sind nicht nur die Presseklubs, sondern alles, was nach Kultur aussieht: Buchhandlungen, Musikgeschäfte, Museen, Theater. Eine ungeheure Wissbegierde - oder Neugier, wie man's nimmt - bewegt dieses Volk. Sie macht selbst vor dem im stalinistischen Zuckerbäckerstil gebauten Kulturzentrum nicht Halt, dessen viele Einrichtungen und Darbietungen laufend vor allem junge Leute anziehen. Dass Genosse Lenin überlebensgross und vor knallrotem Hintergrund den Eingang bewacht, stört kaum. Drinnen, in der immensen Buchhandlung, sind auch die Werke seiner weniger getreuen geistigen Enkelkinder zu haben, Berlinguer und Marchais, allerdings noch nicht auf polnisch, aber in diesem Lande, in dem schon manches andere möglich wurde, dürfte auch dies nur eine Frage der Zeit sein ...

April 1977 - RK/he

grüne Kopie

6 2. Mai 77 12

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES  
DEPARTEMENTA.B. 15.21. Pol. (3)p.B. 58.2. - Polognep.B. 72.9.15.1. - WR/RK/he

Bern, den 26. April 1977

VERTRAULICH

An die diplomatischen Vertretungen in:

Brüssel	Belgrad	Stockholm
Sofia	Ottawa	Madrid
Kopenhagen	Luxemburg	Prag
Berlin/DDR	Den Haag	Ankara
Köln	Oslo	Budapest
Helsinki	Wien	Moskau
Paris	Warschau	London
Athen	Lissabon	Washington
Dublin	Bukarest	Tel-Aviv
Rom		

- An den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An den Schweizerischen Beobachter bei der UNO, New York
- Paris UNESCO
- An die Schweizerische Mission bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen, Genf

Kopien an:

Herrn Bundesrat P. Graber	Herrn Botschafter A. Weitnauer
Herrn Botschafter P.R. Jolles	Herrn Botschafter R. Bindschedler
Herrn Botschafter F. de Ziegler	Herrn Botschafter E. Diez
Herrn Botschafter A. Janner	Herrn Botschafter M. Heimo
Herrn Botschafter F. Rothenbühler	Herrn Botschafter K. Jacobi
Herrn Botschafter J. Iselin	Herrn Botschafter P. Gottret
Frau Minister F. Pometta	Herrn Minister J. Cuendet
Herrn M. Jaccard	Herrn Minister J. Monnier
Herrn Minister J. Zwahlen	Herrn Minister Sommaruga (HA)
Herrn E. Andres	Herrn J.O. Quinche
Herrn P. Stauffer	Herrn F. Blankart
Herrn C. Caratsch	Herrn F. Nordmann
Herrn A. Greber	Herrn A. Saluz
Herrn E. Bischof	Herrn H. von Arx
Herrn P.A. Troendle	Herrn K. Wyss
Herrn Oberst Mark (GGST, Op)	Herrn J. Lugon (HA)
Herrn A. Clerc	

2. Mai 77 12



p.B.72.9.15.1.  
p.B.58.2.-Pologne - WR/RK/he

Bern, den 26. April 1977

VERTRAULICH

Besuch des Generalsekretärs des EPD, Botschafter Dr. A. Weitnauer,  
in Warschau, 4. - 7. April 1977

---

Herr Botschafter,

In der Beilage erhalten Sie den Bericht des Unterzeichneten über seinen Besuch in Warschau vom 4. - 7. April 1977.

Neben einer Zusammenfassung der Gespräche mit Vizeausussenminister Josef Czyrek, finden Sie auch die eher persönlich gehaltenen Eindrücke meines Mitarbeiters Herrn H.J. Renk, der mich zusammen mit Herrn E. Andres auf meiner Reise begleitete. Diese "Polnischen Impressionen" entsprechen jedoch auch weitgehend den Erfahrungen der anderen Delegationsmitglieder, sodass sie sich in das Gesamtbild einfügen.



A. Weitnauer